

Information zur Erhebung und Verarbeitung von personenbezogenen Daten durch den Sozialpsychiatrischen Dienst (SPDi), den Sozialpsychiatrischen Dienst Migration (SPDi MIG) und den Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienst (KJPD), Fachdienst Gesundheitsfürsorge und -beratung, Fachbereich Gesundheit

Der Fachbereich Gesundheit ist bei der Wahrnehmung der gesetzlich übertragenen Aufgaben ermächtigt beziehungsweise verpflichtet, Ihre personenbezogenen Daten zu erheben und zu verarbeiten. Personenbezogene Daten nach Artikel 4 Nr. 1 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) sind alle Informationen, die sich auf eine identifizierte oder identifizierbare natürliche Person beziehen.

Verantwortlich für die Datenverarbeitung

Landkreis Oberhavel
FB Gesundheit (Gesundheitsamt)
FD Gesundheitsfürsorge- und Beratung
Kinder- und Jugendpsychiatrischer Dienst
Havelstraße 29
16515 Oranienburg
E-Mail: SPDI@oberhavel.de oder KJPD@oberhavel.de

Datenschutzbeauftragter

Landkreis Oberhavel
Behördlicher Datenschutzbeauftragter
Adolf-Dechert-Str. 1
16515 Oranienburg
E-Mail: Datenschutz@oberhavel.de

Zweck der Verarbeitung und Rechtsgrundlage

Ihre personenbezogenen Daten werden zum Zwecke der gesetzlichen Aufgabenerledigung erhoben und verarbeitet. Aufgaben des SPDi, des SPDi MIG sowie des KJPD sind insbesondere die Beratung, Betreuung und Begutachtung von psychisch kranken, seelisch und geistig behinderten Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen bzw. Menschen, die an einer psychischen Krankheit, seelischen oder geistigen Behinderung gelitten haben oder von einer solchen bedroht sind. Dies schließt auch abhängigkeitskranke und -gefährdete Menschen mit ein. Begleitet und beraten werden auch Angehörige sowie Personen aus dem sozialen Umfeld der oben genannten Personen.

Die Verarbeitung der Daten erfolgt auf Grundlage von Artikel 6 Abs. 1 und Artikel 9 Abs. 2 DSGVO in Verbindung mit §§ 8 und 10 Brandenburgisches Dienstleistungsgesetz (BbgGDG) sowie den §§ 4, 12, 16 Abs. 2 und 19 Abs. 1 sowie § 55 Brandenburgisches Psychisch-Kranken-Gesetz (BbgPsychKG).

Die Verarbeitung personenbezogener Daten bei der freiwilligen Inanspruchnahme von Beratungsangeboten erfolgt ausschließlich mit Ihrer Einwilligung.

Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Die Daten werden nicht an Dritte weitergegeben. Falls aus Sicht des SPDi, des SPDi MIG bzw. des KJPD die Notwendigkeit der Weitergabe Ihrer personenbezogenen Daten besteht, werden Sie darüber informiert und um Einwilligung gebeten. Der SPDi, der SPDi MIG bzw. der KJPD teilt Ihnen den Empfänger mit.

Eine Weitergabe Ihrer personenbezogenen Daten ist auch ohne Einwilligung zulässig, soweit dies zur Abschätzung eines Gefährdungsrisikos erforderlich ist oder eine Rechtsvorschrift dies vorsieht.

Speicher- und Aufbewahrungsfristen

Ihre Daten werden bis Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflicht gemäß § 16 Abs. 6 BbgGDG gespeichert. Dies sind in der Regel 10 Jahre. Aufzeichnungen und sonstige Daten dürfen nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist nicht mehr verwertet werden und sind zu löschen oder zu vernichten, wenn nicht ihre Archivierung nach besonderen Rechtsvorschriften vorzunehmen ist.

Betroffenenrechte

Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO). Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO). Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO). Soweit Daten auf der Grundlage einer Einwilligung verarbeitet werden, so haben Sie das Recht, die Einwilligung jederzeit mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen (Art. 7 DSGVO). Sollten Sie von Ihren genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die verantwortliche Stelle, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.

Bei Fragen zum Datenschutz, können Sie sich an unseren Datenschutzbeauftragten wenden.

Beschwerderecht

Betroffene Personen haben die Möglichkeit sich an die Landesbeauftragte für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht Brandenburg (Stahnsdorfer Damm 77, 14532 Kleinmachnow) zu wenden, sofern sie der Meinung sind, dass die Verarbeitung der sie betreffenden Daten gegen das Datenschutzrecht verstößt.

Pflicht zur Bereitstellung der personenbezogenen Daten

Es besteht keine gesetzliche Pflicht zur Teilnahme an einer Beratung oder Begutachtung.

Eine Nichtbereitstellung der Daten, beziehungsweise eine Verweigerung der Begutachtung könnte jedoch für Sie bzw. Ihr Kind Nachteile haben. Fehlen Daten oder erfolgt keine Untersuchung, kann keine Begutachtung erfolgen und keine fachliche Stellungnahme zu denen von Ihnen beantragte Leistungen abgegeben werden.